Ausgabe 4 | Dezember 2017

Die offizielle Zeitung
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Familienland Bayern

Unser Konzept
Für ein familienfreundliches Bayern

Unser Anliegen
Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Unsere Forderung
Klimaschutz in die Verfassung!

Mit Hubert Aiwanger für Sie im Landtag: die weiteren Abgeordneten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in alphabetischer Reihenfolge

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie, Jugend und Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss, Mitglied im Haushaltsausschuss, wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher, sportpolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes, frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher, bildungspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher, stellvertretender Vorsitzender im Untersuchungsausschuss „Bayern-Ei“

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Dr. Karl Vetter, MdL

Gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Für ein familienfreundliches Bayern

Liebe Leserinnen und Leser,

auf unserer Herbstklausur in Coburg haben wir uns auch mit der künftigen Schwerpunktsetzung unserer politischen Arbeit befasst. Vor allem in der Familienpolitik sehen wir einen immensen Nachholbedarf. Die Zukunft unserer Kinder ist unser höchstes Gut. Bayern muss deshalb familienfreundlicher werden!

Als FREIE WÄHLER wollen wir die Familien besser unterstützen. Erstes Thema: Die Lage der Hebammen muss verbessert werden! Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist noch längst nicht in vollem Umfang gegeben. Wir wollen auch in Bayern die Kindertagesbetreuung weitgehend kostenfrei gestalten, so wie es andere Bundesländer bereits anstreben oder umgesetzt haben. Außerdem müssen wir die bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ausbauen. Auch bei der Anschaffung von Wohneigentum soll jungen Familien gezielt geholfen werden. Wir fordern deshalb die Einführung eines Baukindergeldes.

Anderes Thema: Die regionale Energiewende ist abgewürgt worden. Jetzt, im Zuge der Debatte um den Klimaschutz, wäre der Zeitpunkt für eine vorausschauende Politik, den Ball wieder aufzunehmen. Mit unserem Antrag, den Klimaschutz in die bayerische Verfassung aufzunehmen, wollen wir den Paradigmenwechsel von der Kohle hin zu den erneuerbaren Energien mit anstoßen. Wertschöpfung vor Ort und in den Kommunen statt Zementierung der Konzerninteressen muss das Ziel einer bürgernahen Politik sein!

Wie geht es weiter mit Europa? Auch das ist eine Frage, die die Zukunft unserer Kinder unmittelbar betrifft. Als FREIE WÄHLER sind wir der Überzeugung, dass das Projekt Europa nicht allein „von oben“ aus Brüssel regiert werden kann. Um Europa zukunftsfähig zu machen, brauchen wir mehr Regionalität.

Wir FREIE WÄHLER werden auch im kommenden Jahr in diesen und vielen weiteren Bereichen die bayerische Politik aktiv mitgestalten. Erfahren Sie in diesem Heft mehr über unsere Positionen und Initiativen. Viel Freude beim Lesen!

Ihr Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Maximilianeum
Max-Planck-Str. 1, 81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. i. S. d. P.
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1, 81675 München

Redaktion
Thorsten Glauber

Bildnachweis
Bildnachweise: S. 6, 7, 14, 15, 17, 19: Karl-Peter Lenhard; S. 24, 25, 29: Gottfried Obermair, S. 30: privat, S. 31: Ulrike Müller; Thinkstock; Fotolia

Artdirection und Design
CUBE werbeagentur gmbh

Inhalt

Fraktionsklausur in Coburg 6

Ein Fall für den Verfassungsgerichtshof 8

Klimaschutz in die Verfassung! 9

Familienland Bayern – unser Konzept 10

Keine Rückkehr zum Sitzverteilungsverfahren nach D'Hondt bei Kommunalwahlen! 12

Mehr Digitalisierung und Serviceorientierung in der bayerischen Justiz 13

Parlamentarischer Abend „Ehrenamt" 14

Europas Zukunft liegt in den Regionen 16

Besuch bei Schafhaltern 17

Parlamentarischer Abend „Reform des polizeilichen Schicht- und Wechseldienstes" 18

Kein tierisches Fett an Wiederkäuer! 20

„Pflege braucht eine starke Stimme!": Interview mit Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL 21

Bezahlbarer Wohnraum für Studenten 22

Freibetrag für selbst genutztes Wohneigentum 23

Jahresrückblick 2017: Unsere Messeauftritte 24

Kostenfreie Kinderbetreuung 26

Lehrbeauftragte – Mitarbeiter zweiter Klasse? 27

Faire Chancen für Masseure 28

Fraktion vor Ort 29

Abgeordnete im Porträt: Florian Streibl 30

Was sonst noch los war 31

Kurz berichtet 31

Zahl des Quartals 31

Orange markierte Themen werden auf dem Titel erwähnt.

Fraktionsklausur der FREIEN WÄHLER in Coburg

Für ein prosperierendes Bayern

Zu Gast in Forchheim/Oberfranken.

Bei unserer Herbstklausur in Coburg standen neben der Erarbeitung unserer Strategie für 2018 vor allem die Themen Digitalisierung, Breitbandausbau, die Gründer- und Mittelstandsförderung sowie die Verkehrsinfrastruktur auf der Agenda.

„Als FREIE WÄHLER übernehmen wir Verantwortung und bieten ein umfassendes Politikangebot. Wir entwickeln Zukunftspläne für Bayern: für Familien, Bildung, Pflege, Handwerk und Mittelstand und die Förderung des ländlichen Raums."

Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

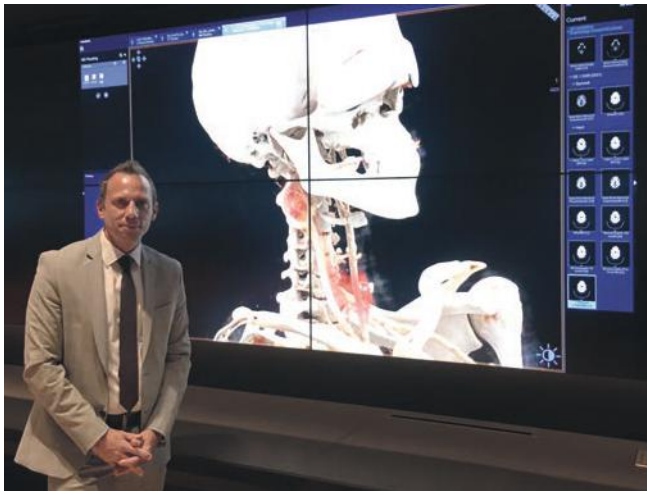
Die Themenwahl war keineswegs zufällig. Die Erfolgsregion Oberfranken bietet nämlich einerseits beste Voraussetzungen für die Ansiedlung von Unternehmen im Spitzentechnologiebereich – vom Start-up bis zum Weltmarktführer. Die vielen Wirtschaftserfolge und Unternehmensansiedlungen der vergangenen Jahre dürfen aber andererseits nicht darüber hinwegtäuschen, dass Oberfranken weiterhin Infrastrukturprobleme hat.

Bei einem Besuch des Medizintechnikwerks Siemens Healthineers, einem der weltweit größten Technologieanbieter für die Gesundheitsbranche und Hersteller von bildgebender Medizintechnik, verschafften sich die Abgeordneten einen Einblick, wie IT-Lösungen im Gesundheitswesen eingesetzt werden können. Siemens Healthineers hat eine große Anzahl hochwertiger Arbeitsplätze in Forchheim geschaffen. Statt einer Auspendlerquote hat der Landkreis nun eine positive Einpendlerquote und damit den Trend der Landflucht erfolgreich umgekehrt. Derartige Erfolgsgeschichten sind natürlich nur mit einer optimalen digitalen Infrastruktur möglich.

„Coburg muss auch in Zukunft eine Zwei-Stunden-Anbindung an den ICE erhalten und Lichtenfels sowie Kronach eine adäquate IC-Fernverkehrsanbindung."

Thorsten Glauber, MdL

Als FREIE WÄHLER fordern wir deshalb seit vielen Jahren einen Masterplan für die digitale Zukunft Bayerns.



Zu Besuch bei: Siemens Healthineers in Erlangen (o. l.), HABA in Bad Rodach (o. r.), Sports Innovation Technologies in Forchheim (u. l.) und beim Empfang im Coburger Rathaus (u. r.).

Damit Arbeitsplätze in der Region bleiben können beziehungsweise dort angesiedelt werden, muss vor allem die Gründerszene gefördert und mit deutlicheren Impulsen unterstützt werden. Bei einem Besuch des Medical Valley Centers Forchheim informierten wir uns deshalb

„Zentrales Element der bayerischen Digitalisierungsstrategie muss der fortschreitende und flächendeckende Ausbau des Glasfasernetzes in Bayern sein – bis in jedes Haus, jede Firma und in jedes öffentliche Gebäude. Nur so bleibt Bayern auch in der Fläche weltweit wettbewerbsfähig."

Thorsten Glauber, MdL

über Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung gerade für Start-ups. Wie ein Start-up-Unternehmen konkret aussehen kann, demonstrierte Marketingchef Lennard Eckermann von „Sports Innovation Technologies". Er stellte ein innovatives neues Fußball-Trainingssystem vor, das vor allem die Aufmerksamkeit und die Kognition der Spieler schulen und verbessern soll.

Ein bemerkenswertes Beispiel, wie ein Unternehmen nachhaltig, sozial, ökonomisch und ökologisch agieren kann, bietet die Firma HABA. Der Spielzeughersteller ist am Standort Bad Rodach bereits in dritter Generation aktiv und setzt dabei auf Nachhaltigkeit und höchste Qualität. So gelingt es der Firma trotz zunehmenden Drucks durch Billigimporte aus Fernost, ihre Position in der Welt zu verteidigen.

Ein weiteres Thema war die Energiepolitik. Mit dem geplanten Bau riesiger Trassen konterkariert die Staatsregierung eine dezentrale Energiewende. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist in Bayern vollständig zum Erliegen gekommen. Wir halten den Bau neuer Stromtrassen durch Franken für überflüssig und wollen die Energiewende insgesamt neu denken. ■

Thorsten Glauber, MdL
Abgeordneter aus Oberfranken

Modellbau-Affäre

Ein Fall für den Verfassungsgerichtshof

Hat Christine Haderthauer, die ehemalige Chefin der Staatskanzlei die Bayerische Verfassung gebrochen? Diese Frage wollen wir in einem Organstreitverfahren vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof klären lassen und haben dazu eine Klageschrift eingereicht. Hintergrund ist eine Unterlassungsaufforderung, mit der Christine Haderthauer im Juni 2014 unserer Meinung nach versuchte, auf uns Abgeordnete Druck auszuüben, weil wir ihre Rolle in der Firma „Sapor Modelltechnik“ kritisch hinterfragten. Die Firma ließ von Straftätern in der Psychiatrie exquisite und hochpreisige Modellautos bauen.

„Haderthauer missbrauchte mit dem Versand der Drohfaxe auch öffentliche Finanzmittel. Letztlich haben wir es mit dem klassischen CSU-Verhalten des Täuschens und Vertuschens zu tun. Doch wer als Leiterin der Staatskanzlei versucht, Abgeordnete in der Ausübung ihres freien Mandats derart einzuschränken, hat sich politisch deklassiert und darf kein höheres Amt mehr ausüben.“

Florian Streibl, MdL

„Pflicht eines Abgeordneten ist es, die Regierung zu kontrollieren. Es widerspricht jedoch demokratischem Handeln, wenn die Regierung versucht, die Abgeordneten mundtot zu machen. Wir leben in einem Rechtsstaat und nicht in einer Diktatur oder in einer Bananenrepublik.“

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Obwohl es sich bei der Modellauto-Affäre um eine Privatangelegenheit der Ministerin handelte, so zumindest ihre öffentliche Aussage, hat sie die Aufforderung zur Unterlassung von einem Faxgerät der Staatskanzlei aus verschickt und zusätzlich mehrere Beamte für diese Aufgaben eingesetzt. Das Schreiben trug den Briefkopf der Staatskanzlei und wies damit die Absenderin als Leiterin der Staatskanzlei sowie als Staatsministerin für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben aus. Laut einem Rechtsgutachten hat die Ministerin damit ihre Kompetenzen überschritten.

Erst im Februar 2017 hat Ministerpräsident Seehofer erklärt, Haderthauer gehe „voll rehabilitiert“ aus der Modellbau-Affäre hervor. Das Gegenteil ist der Fall. Wir werden diesen Versuch der Staatsregierung, einen Schlussstrich unter die Angelegenheit Haderthauer zu ziehen, nicht dulden und sehen dem Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichts zuversichtlich entgegen. ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Mitglied im Untersuchungsausschuss „Modellbau“

Florian Streibl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher

Klimaschutz

Klimaschutz in die Verfassung!

Der Klimawandel ist in vollem Gange: Gletscher tauen, an den Polen schmilzt das Eis und der Meeresspiegel steigt. Auch Bayern ist massiv betroffen. Nach Berechnungen des Bayerischen Landesamts für Umwelt könnte der Permafrost auf der Zugspitze schon im Jahr 2080 verschwunden sein. Die Auswirkungen des Klimawandels sind für alle Bürger längst spürbar. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Wir fordern deshalb, den Klimaschutz in der Bayerischen Verfassung zu verankern und damit ein klares Zeichen zu setzen.

„Die Verfassung ist das höchste Gut und daran orientieren sich auch die Gerichte. Wenn der Klimaschutz in der Verfassung steht, lassen sich Klimaschutzziele wie z. B. 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien leichter durchsetzen."

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mit unserem Ziel, den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen, sind wir wieder einmal Impulsgeber. Auf Druck der FREIEN WÄHLER wurden bereits das Ehrenamt sowie das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern in die Verfassung aufgenommen. Wenn unser Vorhaben gelingt, wird Bayern auch beim Klimaschutz bundesweit Vorreiter und übernimmt endlich eine führende Rolle bei der Energiewende. Derzeit ruht sich der Freistaat lediglich auf den vergleichsweise guten Zahlen bei den erneuerbaren Energien aus, die aufgrund traditionell starker Wasserkraft hierzulande zu verzeichnen sind. Das reicht uns nicht.

„Wir in Bayern haben die innovativen Geister, die Technik und die Finanzmittel, um dem Klimawandel erfolgreich entgegenzutreten. Wir müssen nur wollen. Die Zeit dazu ist reif."

Florian Streibl, MdL

Die ausdrückliche Nennung des Klimaschutzes in der Verfassung unterstützt außerdem den ehrgeizigen Klimaschutzplan der Bundesregierung, der eine Treibhausgas-Reduktion von 90 bis 95 Prozent zum Jahr 2050 vorsieht. Bayern ist eine international besonders leistungsstarke Hightech-Region, die Spitzentechnologie, Innovation und Nachhaltigkeit als Zielsetzungen verfolgt. Mit der Aufnahme des Klimaschutzes in die Bayerische Verfassung wird der Einsatz für erneuerbare Energien verstärkt, ohne den der nationale Klimaschutzplan nicht erfolgreich umgesetzt werden kann. ■

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL
Initiator des Gesetzentwurfs

Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Familienpolitik

Das FREIE WÄHLER Konzept für ein Familienland Bayern

Die Familie ist in der Regel der Ort, der uns Sicherheit und Geborgenheit und einen festen Halt im Alltag bietet. Zu Recht wird die Familie daher auch als „Keimzelle der Gesellschaft“ bezeichnet. Trotzdem ist es mit der Familienpolitik in vielen Bereichen nicht zum Besten bestellt. Das wollen wir ändern. Wir wollen den Stellenwert der Familie, aber auch ihre Belange wieder stärker ins Bewusstsein rücken. Dazu fordern wir die Weiterführung des Netzwerks „Familienpaten Bayern“ und eine Verbesserung der Personalsituation beim Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS).

„Wir wollen den Stellenwert der Familie, aber auch ihre Belange wieder stärker ins Bewusstsein rücken.“

Finanzielle Sorgen dürfen eine Familienplanung nicht verhindern. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir Familien gezielt steuerlich entlasten. Konkret bedeutet das z. B. die Abkehr vom Ehegattensplitting hin zum Familiensplitting. Dieses verhindert mindestens zum Teil auch die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien. Sie ist eine der größten Baustellen in der Familienpolitik. Auch die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern trägt dazu bei, die Armutsgefährdung zu verhindern. Darüber hinaus fordern wir drei Rentenpunkte für alle Mütter, um der Altersarmut speziell bei Frauen vorzubeugen.

Wir brauchen eine deutliche Verbesserung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Konkret heißt das für uns: ein bedarfsgerechter Ausbau von Kindertageseinrichtungen, eine kostenfreie Kinderbetreuung, die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung sowie die stärkere Förderung der Teilzeitberufsausbildung für junge Eltern. Gerade bei den Krippenplätzen hinkt Bayern im Bundesvergleich gewaltig hinterher.

Bei der Anschaffung von Wohneigentum wollen wir jungen Familien gezielt unter die Arme greifen. Wir fordern deshalb die Einführung eines Baukindergelds. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir ein Baukindergeld von 20.000 Euro pro Kind gefordert – verteilt über zehn Jahre. Junge Familien würden somit 2.000 Euro pro Jahr für jedes Kind erhalten, wenn sie selbst bauen oder sich eine Wohnung bzw. ein Haus kaufen. Eine Maßnahme, die unserer Meinung nach sowohl bau- wie auch familienpolitisch sinnvoll und längst überfällig ist. Junge Familien dürfen auch nicht bei der Vergabe von Wohnungskrediten benachteiligt werden. Bei den Schulwegkosten wollen wir ebenfalls Verbesserungen erzielen.

Wir wollen unserer Jugend politisch mehr Gewicht verleihen. Dazu fordern wir die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen sowie die Verankerung eines festen Jugendvertreters in jedem Kommunalgremium.

Als FREIE WÄHLER treten wir bereits seit vielen Jahren für eine aktive Mehrgenerationenpolitik ein. Wir wollen eine stärkere Förderung von generationenübergreifenden Wohnformen und eine stärkere Verbindung von Jung und Alt durch flächendeckende Projekte. „Wohnen mit Hilfe“ ist unser Motto. Wir setzen damit auf ambulante Wohngemeinschaften als Alternative zum Pflegeheim und treten auch für eine flächendeckende Verbreitung von Mehrgenerationenhäusern und Tagesbetreuung ein. ■

Gabi Schmidt, MdL
Familienpolitische Sprecherin

Lesen Sie mehr zum Thema **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** auf Seite 26.

AUS DER KOMMUNALPOLITIK IN DEN LANDTAG

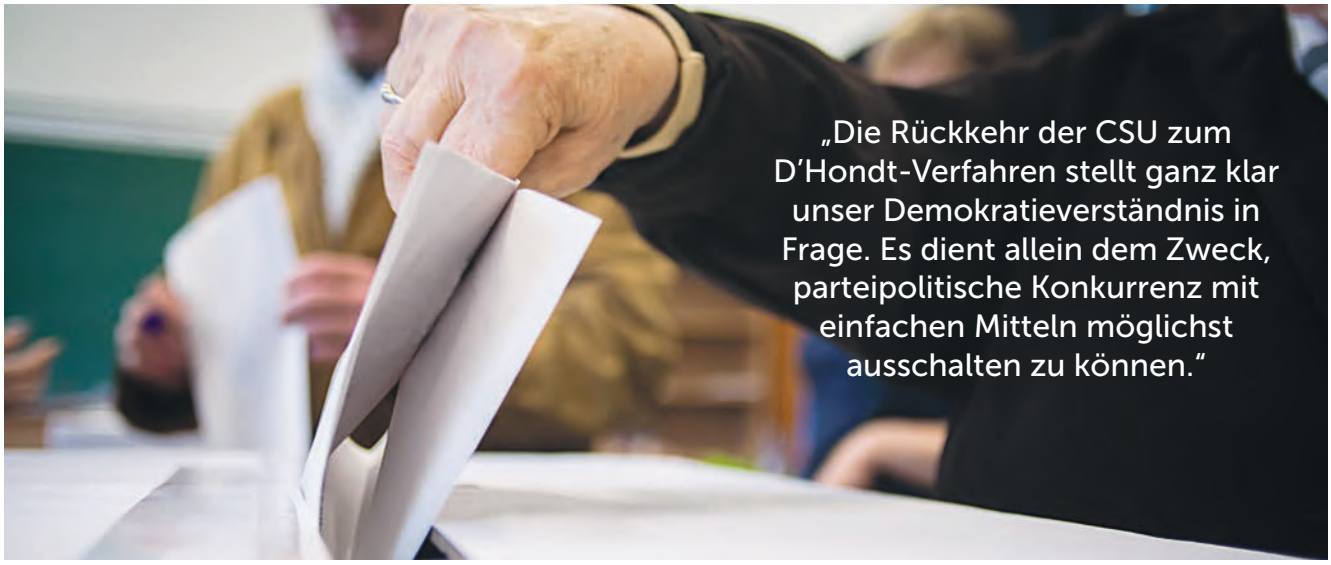
Keine Rückkehr zum Sitzverteilungsverfahren nach D'Hondt bei Kommunalwahlen!

Rolle rückwärts bei der CSU. Die Expertenanhörung im Innenausschuss hat unsere Auffassung bestätigt, dass die von der CSU angestrebte Rückkehr zu einer Sitzzuteilung nach dem D'Hondt'schen Auszählverfahren nicht sinnvoll ist. Denn dieses Verfahren begünstigt tendenziell größere Parteien und Wählergruppen.

Als FREIE WÄHLER hatten wir dem CSU-Antrag daher bereits vor Monaten eine klare Absage erteilt. Erst 2010 war vom Landtag einstimmig beschlossen worden, die Sitzzuteilung bei der Wahl von Gemeinderatsmitgliedern und Kreisräten nach dem gerechteren Hare-Niemeyer-Verfahren zu ermitteln. Durch die Expertenanhörung sehen wir uns nun in unserer Auffassung deutlich bestätigt. Die Experten gehen sogar noch erheblich weiter und haben überzeugend darauf hingewiesen, dass es verfassungsrechtlich sinnvoll wäre, sich von einem Sitzverteilungsverfahren nach D'Hondt endgültig zu verabschieden.

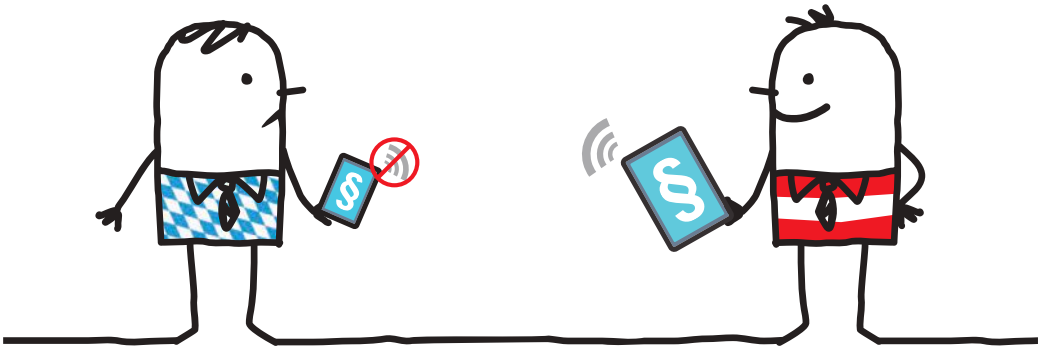
Nun ist es wichtig, das bestmögliche Sitzverteilungsverfahren zu wählen statt nachteilige Rückschritte zu machen. Ein möglicher Ansatz dazu wäre die die Einführung eines dritten, bereits in anderen Bundesländern und auch bei der Bundestagswahl angewandten und bewährten Verfahrens, nämlich das nach Sainte-Laguë/Schepers. Denn während das D'Hondt-Verfahren große Parteien begünstigt und durch das Hare-Niemeyer-Verfahren tatsächlich Paradoxien zugunsten von Splitterparteien entstehen können, treten derartige Paradoxien beim Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers nicht auf. Dieses Zählverfahren wurde bei der Expertenanhörung von Prof. Grabmeier, dem von der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion benannten Experten, ins Gespräch gebracht. Wenn die CSU-Fraktion nun darüber nachdenkt, dieses Verfahren für künftige Kommunalwahlen vorzuschlagen, wären somit wieder einmal wir FREIE WÄHLER die Impulsgeber der bayerischen Politik gewesen. ■

Joachim Hanisch, MdL
Kommunalpolitischer Sprecher



Justiz

Mehr Digitalisierung und Serviceorientierung in der bayerischen Justiz



Es ist keine Neuigkeit mehr, dass die Bedeutung digitaler Medien in allen Bereichen rasant zunimmt. In der bayerischen Justiz scheint diese Nachricht allerdings noch nicht wirklich angekommen zu sein. Ganz anders bei unserem österreichischem Nachbarn: Dort besteht der elektronische Rechtsverkehr bereits seit 1990. Seit 2013 gibt es die Möglichkeit der E-Kommunikation mit der Justiz sogar für alle. Seitdem können österreichische Bürgerinnen und Bürger mit einer sogenannten Bürgerkarte oder per Handysignatur Klagen einreichen. Dass das auch tatsächlich funktioniert, davon konnten wir uns bei unserem Besuch am Oberlandesgericht Innsbruck überzeugen.

„Im Vergleich zu unserem Nachbarland Österreich liegen wir derzeit meilenweit zurück."

Im Jahr 2015 hat es in Österreich im elektronischen Rechtsverkehr circa 15,4 Millionen Transaktionen gegeben. Auf diese Weise wurden allein in diesem Jahr etwa 11 Millionen Euro an Portokosten eingespart. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind wir der Überzeugung, die Digitalisierung darf nicht an der Gerichtspforte haltmachen, und fordern deshalb, die Digitalisierung auch bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften weiter voranzutreiben. Unser Antrag wurde allerdings von der CSU-Fraktion abgelehnt.

Der Blick über die Landesgrenzen hat uns zudem gezeigt: Auch in Sachen Serviceorientierung und Bürgernähe sind uns unsere österreichischen Nachbarn mit ihren Justizservicecentern voraus. Wir werden uns deshalb auch dafür einsetzen, dass das Modell des „Bürgerservice Justiz" in Bayern weiter ausgebaut wird. Als zentrale Stellen bei den Amtsgerichten können dort geeignete Aufgaben mit Bürgerkontakt weitgehend selbstständig und möglichst abschließend behandelt werden.

Auch bei der Einführung der E-Akte bleibt noch viel zu tun. Hier hat sich Bayern zwar inzwischen auf den Weg gemacht, und das Pilotprojekt am Landgericht Landshut verläuft vielversprechend. Dennoch bleibt leider noch unklar, wann es zur Regeleinführung kommen wird. Bei der damit verbundenen E-Gerichtssaalausstattung müssen unbedingt auch die Belange der Anwaltschaft berücksichtigt werden. Eine ausreichende Anzahl von Steckdosen und ein gesicherter WLAN-Zugang sind ebenso dringend notwendig wie die Ausstattung der Gerichte und Kanzleien mit schnellem Internet. In diesem Zusammenhang müssen wir uns auch mit der personellen Ausstattung der staatlichen Bauämter beschäftigen, die die Baumaßnahmen planen und durchführen müssen. ■

Peter Meyer, MdL
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes

Zu Gast bei Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL, und Florian Streibl, MdL (4. und 5. v. l.): Dr. Thomas Röbke, Mischa Kunz, Ulrich Falk, Dr. Elfriede Schießleder, Sylvia Bogenreuther, Nilüfer Aktürk, Serpil Gökdemir und Martin Holzner (v. l. n. r.).

Parlamentarischer Abend

Ehrenamt in turbulenten Zeiten

Bayern ist das Land des Ehrenamts – 47,5 Prozent der Menschen engagieren sich hier. In konkreten Zahlen bedeutet das: Rund 3,8 Millionen Menschen in Bayern sind ehrenamtlich tätig, etwa bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Trachten-, Sport- und Jugendverbänden oder in einem Flüchtlings-Helferkreis. Doch viele von ihnen klagen über zu geringe Wertschätzung, zu wenig Budget und zu viel Bürokratie. Bei unserem Parlamentarischen Abend „Ehrenamt in turbulenten Zeiten – Chancen und Hürden für das bürgerschaftliche Engagement“ diskutierten wir in zwei Runden mit Betroffenen darüber, wie die Landespolitik den Menschen helfen kann, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft täglich so Wichtiges leisten.

„Wer das Ehrenamt so lobt, muss es auch materiell und ideell unterstützen.“

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns seit Jahren dafür ein, die Rahmenbedingungen für die Freiwilligenarbeit weiter zu verbessern. So müssen nach unserer Überzeugung etwa die bayerischen Kommunen für die Einführung der Ehrenamtscard vom Freistaat mehr als die bisher einmalig gewährten 5.000 Euro erhalten. Wichtig ist auch die Einbeziehung der Schule. Hier eignet sich das Service Learning – auch „Lernen durch Engagement“ genannt – , in hervorragender Weise, junge Menschen an das Ehrenamt heranzuführen. Wir wollen dieses Modell deshalb bayernweit umsetzen.

Mit dem Pilotprojekt „MotherSchool“ (Präventionsprojekt gegen den Salafismus) sowie der Arbeit von „Frauen für Frauen e. V.“ stellten **Nilüfer Aktürk** und **Serpil Gökdemir** ein außergewöhnliches Projekt vor. Der Verein aus Erlenbach am Main, der 2017 den Bayerischen Integrationspreis gewonnen hat, bietet unter anderem Deutschkurse an, darunter die wöchentliche Veranstaltung „Meine Oma lernt Deutsch“. Auch die Schulung von Sprachvermittlern, das Müttercafé „Atempause“ mit Kinderbetreuung sowie Schwimmkurse für Frauen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern gehören zu seinen Leistungen.

Chancen und Herausforderungen des Ehrenamts beleuchtete die erste Diskussionsrunde. 600 Organisationen sind im Freistaat unter dem Dach des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern vereint, erläuterte dessen Leiter **Dr. Thomas Röbke.** Seit 2003 koordiniert man das alles unverändert mit nur zwei Vollzeitstellen. Das Ehrenamt ist eine Daueraufgabe, deren finanzielle Unterstützung verstetigt werden müsste, wie **Dr. Elfriede Schießleder** vom Katholischen Frauenbund

betonte. Sie beklagte auch die Kluft im Hinblick auf die Ehrenamtspauschale. Wegen unterschiedlicher Pauschsätze entstehe so ein Zwei-Klassen-Ehrenamt. Bei der Weiterbildung brauche man eine neue gesetzliche Regelung zur beruflichen Freistellung, die auch eine Qualifizierung für Tätigkeiten im Ehrenamt umfasse. **Martin Holzner** vom Bayerischen Jugendring kritisierte die Freistellungspraxis in Bayern. Zwar werde jeder Mitarbeiter im Staatsdienst auf Wunsch von der Arbeit freigestellt, jedoch erhalte er keine Lohnfortzahlung. Damit wird die eigentliche Absicht des Freistellungsgesetzes ad absurdum geführt. Denn gerade junge ehrenamtlich Tätige könnten sich einen Verdienstausfall nicht leisten.

„Hätten während des gewaltigen Flüchtlingszustroms 2015/16 nicht die Abertausende Helfer den zu uns kommenden Menschen selbstlos und teils bis zur absoluten Erschöpfung geholfen, wäre unser Staat damals vor die Wand gefahren."

Florian Streibl, MdL

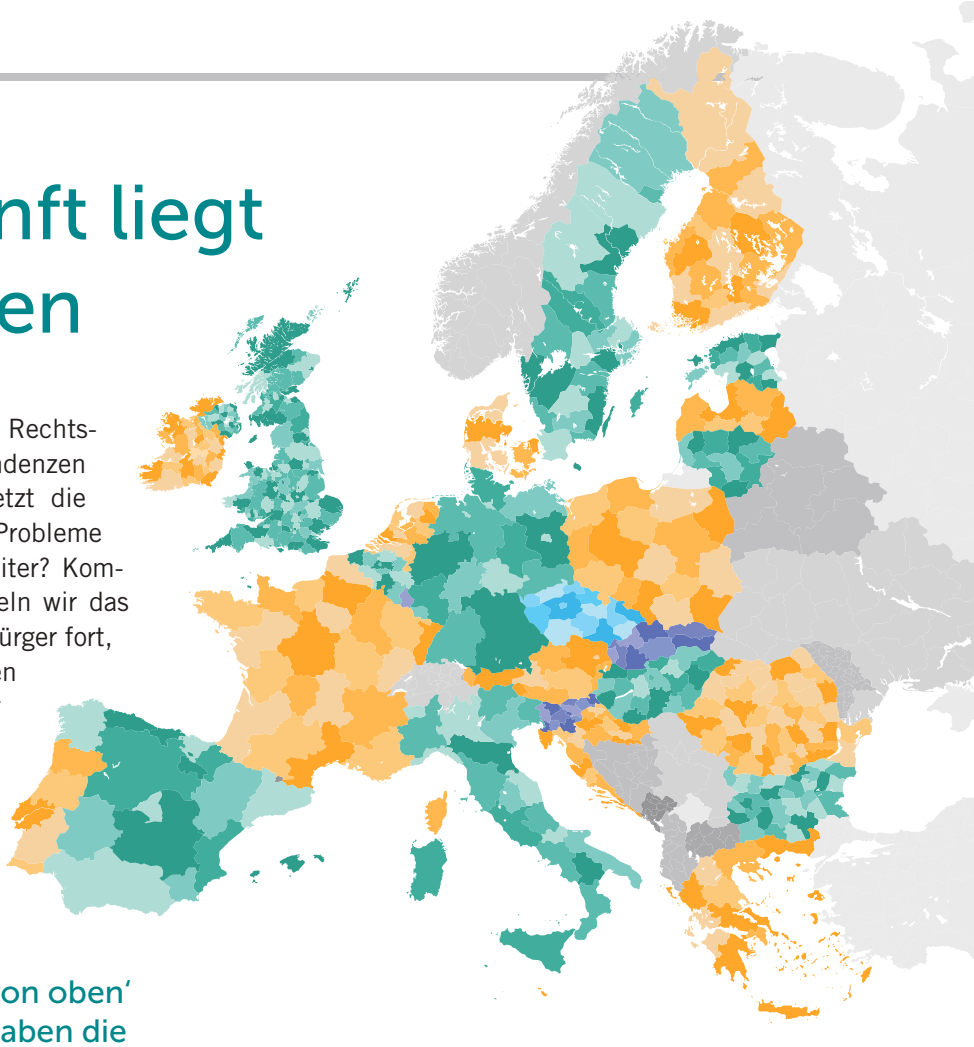
„Verdienst der Helferkreise bei der Flüchtlingsintegration – was lernt die Politik daraus?" lautete daher das Motto der zweiten Diskussionsrunde. **Mischa Kunz** vom Verein Münchner Freiwillige mahnte an, dass der Freistaat dringend praxisnahe Lösungen bei den erforderlichen Führungszeugnissen finden müsse. Es wird auch deshalb immer schwieriger, ehrenamtliche Kräfte zu gewinnen, weil zwischen Flüchtlingen und Helfern eine persönliche Beziehung entsteht. Wird ein Asylbewerber abgelehnt oder gar abgeschoben, sei dies für die Helferkreise ein gewaltiger emotionaler Einschnitt, erläuterte **Sylvia Bogenreuther** von der „SonnenZeit Freiwilligenagentur" aus Ansbach. **Ulrich Falk** vom Helferkreis Kitzingen forderte neben mehr Koordinatoren, die neue ehrenamtliche Angebote anschieben sollten, auch ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene, um Einheimische, Asylbewerber und Ehrenamtliche nicht weiter zu verunsichern und außerdem eine legale Form der Zuwanderung zu ermöglichen.

Ehrenamtlich Tätige sind Menschen, die positive Prozesse in Gang setzen. Das verdient tiefen Respekt. Als FREIE WÄHLER werden wir ihre Anliegen im Bayerischen Landtag auch in Zukunft nachdrücklich vertreten. ■

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL
Ehrenamtspolitischer Sprecher

Europapolitik

Europas Zukunft liegt in den Regionen



Ein immer weiter um sich greifender Rechtspopulismus, Brexit, Abspaltungstendenzen einzelner Regionen und nicht zuletzt die immer noch nicht gelöste Euro-Krise: Die Probleme sind vielfältig. Wie geht es mit Europa weiter? Kommen wir zu einem Stillstand und entwickeln wir das Gemeinschaftsprojekt nicht im Sinne der Bürger fort, wird es scheitern. Doch welchen Weg sollen wir an der Gabelung einschlagen, vor der wir uns heute befinden? Im März dieses Jahres legte der Kommissionspräsident Jean Claude Juncker sein „Weißbuch zur Zukunft Europas“ vor, in dem er eine Reihe möglicher Entwicklungsszenarien skizzierte.

„Das Projekt Europa kann nicht ‚von oben‘ aus Brüssel regiert werden, das haben die jüngsten Entwicklungen gezeigt.“

Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender

Um Europa zukunftsfähig zu machen, brauchen wir mehr regionales Denken. Deshalb wollen wir uns als gewählte Abgeordnete unserer bayerischen Heimat intensiv an der Debatte über die Fortentwicklung der EU beteiligen. Wir müssen aber geschlossen voranschreiten und gemeinsam unsere Ideen für ein regionales und bürgernahes Europa einbringen, wenn wir Gehör finden wollen.

Am 24. Oktober fand deshalb eine Anhörung zur Zukunft Europas im Europaausschuss des Bayerischen Landtags statt. Entsprechend unserer kommunalen Verwurzelung wollten wir die Belange der Städte, Gemeinden und Landkreise in den Mittelpunkt rücken.

„In einer immer größeren und komplexeren Welt wollen die Menschen mehr Nähe und Heimat. Deshalb müssen die Kommunen und Regionen die Träger Europas werden.“

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Unsere Fraktion hat daher Dr. Angelika Poth-Mögele als Expertin benannt. Sie ist die Direktorin des Rats der Gemeinden und Regionen Europas, des europaweiten kommunalen Dachverbandes in Brüssel. Sie hob die Bedeutung der EU für die Kommunen hervor, weil globale Probleme wie Migration und Klimawandel gerade dort spürbar werden. Sie betonte, dass die Kommunen künftig mehr Gehör finden und ihre Handlungsspielräume vergrößert werden müssen. Sie frühzeitiger in den Meinungsbildungsprozess einzubeziehen, wäre kein großer Aufwand. Der europäische Gesetzgeber müsste aber künftig gründlicher abschätzen, ob zwingend die EU oder nicht eine darunterliegende Ebene für neue Regeln zuständig sein soll. ■

Hubert Aiwanger, MdL
Bundes- und europapolitischer Sprecher

Dr. Fans Jürgen Fahn, MdL
Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Wölfe in Bayern

Besuch bei Schafhaltern

Unsere Abgeordneten Johann Häusler und Dr. Leopold Herz (2. und 3. von links) beim Besuch der Schäferei Seitz in Klais.

Die extensive Weidewirtschaft ist einer der Grundsteine für die Kulturlandschaft in Bayern. Sie erfüllt viele Aufgaben, die wiederum Einfluss auf Bereiche wie den Tourismus oder die Imkerei haben. Doch bei den Tierhaltern macht sich zunehmend Sorge breit, denn die bevorstehende Rückkehr des Wolfes schwebt wie ein Damoklesschwert über ihnen. Wir nahmen das zum Anlass, uns vor Ort ein Bild bei den Betroffenen zu machen.

Im Alpenraum ist der Schutz der Weidetiere vor Wölfen kaum realisierbar. Auf dem unwegsamen Gelände sind die Schäfer oft schon froh, wenn sie einen Zaun aufstellen können. Die Flächen sind durchzogen von Wanderwegen, was beim Einsatz von Herdenschutzhunden unweigerlich zu Konflikten zwischen Wanderern und Nutztierhaltern führen würde. Oft sind die Tiere eines Schäfers auch auf mehrere Standorte verteilt, sodass auch mehrere Hunde nötig wären. Das aber wäre ein zeitlicher und finanzieller Aufwand, der so nicht machbar ist.

„In näherer Zukunft muss damit gerechnet werden, dass der Wolf auch in Bayern dauerhaft ansässig wird. Dafür brauchen wir Lösungen."

Dr. Leopold Herz, MdL

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir schon seit langem, rechtzeitig notwendige Maßnahmen zum Schutz vor dem Wolf zu ergreifen. In ganz Europa wächst die Wolfspopulation an. Vor diesem Hintergrund ist eine Neubewertung von Wolfsvorkommen hinsichtlich ihres Schutzstatus dringend geboten. Auch andere Fragen müssen geklärt werden.

„Der Grundschutz für Weidetiere muss genau definiert werden und darf nicht zu hoch sein. Das wäre einerseits wichtig für die Entschädigung für gerissene Tiere und andererseits als Richtline, ab wann ein Wolf als problematisch eingestuft werden kann. Sollte es durch Wölfe zu Übergriffen in grundgesicherten Herden kommen, müssten diese Raubtiere schnell und unbürokratisch entnommen werden dürfen."

Johann Häusler, MdL

Auch bei der Beratung fühlen sich die Schafhalter vernachlässigt. Sie muss unbedingt ausgebaut werden, um die Schafhalter bayernweit effektiv unterstützen zu können.

Die bayerischen Schafhalter ebenso wie alle anderen Weide- und Nutztierhalter können sich der politischen Unterstützung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion auch in Zukunft sicher sein. ■

Johann Häusler, MdL
Mitglied im Landwirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL
Agrarpolitischer Sprecher

Parlamentarischer Abend

Entlastung oder Belastung?

Reform des polizeilichen Schicht- und Wechseldienstes in Bayern

Seit Jahren ist das Schichtdienstmodell ein kontrovers diskutiertes Thema bei der bayerischen Polizei. Viele Beamte möchten den sogenannten Doppelschlag beibehalten – also zwei Dienstantritte an einem Tag. Diese Lösung wird allerdings von der Staatsregierung aus Gründen der Fürsorgepflicht immer wieder in Frage gestellt. Was also tun? Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat sich dieses Themas angenommen und darüber bei einem Parlamentarischen Abend mit Polizeibeamten, Vertretern des Innenministeriums, der Gewerkschaften und weiterer Experten diskutiert.

„Bei einer so tiefgreifenden Entscheidung müssen alle Betroffenen mitgenommen und eingebunden werden. Nur mithilfe von Übergangslösungen bei Schichtmodellen sowie mehr Personal und einer Entlastung von nicht hoheitlichen Aufgaben kann die Einsatzbereitschaft der Polizei gewährleistet werden."

Polizeibeamtinnen und -beamte sind einer sehr hohen psychischen und physischen Belastung ausgesetzt. Umfragen unter Polizeibeamten haben ergeben, dass sie sich nachts zwischen 00.00 und 03.00 Uhr am stärksten erschöpft fühlen. Genau in diesem Zeitraum hätten sie aber die subjektiv gefährlichsten Einsätze zu bewältigen, warnte **Dr. Bernd Bürger** von der Gesellschaft für arbeitspsychologische Forschung in seinem Impulsreferat.

In der anschließenden Diskussionsrunde unter der Moderation von **MdL Peter Meyer,** Vizepräsident des Bayerischen Landtags, plädierten Vertreter von Polizeigewerkschaften dafür, nicht mit neuen Arbeitszeitmodellen gegen den Willen ihrer Mitglieder unverrückbare Tatsachen zu schaffen. **Peter Schall,** Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), forderte die Einführung der 35-Stunden-Woche. Mit einem neuen Schichtmodell kombiniert könnten so hohe Fehlzeiten abgestellt und die Häufigkeit von Einsätzen in den gefährlichen

Die Redner des Abends: (v. l. n. r.) Eva Gottstein, MdL, Bernhard Pohl, MdL, und Dr. Bernd Bürger.

Die Teilnehmer der Diskussion (v. l. n. r.): Peter Schall, Elisabeth Lindner, Robert Krieger, Peter Meyer, MdL, Birgit Manghofer, Stefan Weis, Hermann Benker, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), und Harald Bernt.

Nachtstunden zurückgefahren werden. Die GdP halte daher am alten Schichtmodell fest. Auch **Robert Krieger,** Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) sagte, viele Beamte hätten sich ihr soziales Umfeld um die Schichtdienste herumorganisiert und seien nicht bereit, etwas Neues auszuprobieren.

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mahnte **Birgit Manghofer,** Landesbeauftragte der Frauen- und Familienvertretung der Deutschen Polizeigewerkschaft Bayern (DPolG), an. Bei einer Schwangerschaft oder einem plötzlich auftretenden Pflegefall müssten oft in kürzester Zeit massive Veränderungen der Polizeidienstpläne umgesetzt werden. Eine Arbeitsgruppe beim Bayerischen Innenministerium sollte hierfür passende Lösungen zu finden. Deren Leiter **Stefan Weis** betonte, der Wille zur Veränderung sei bei den Beamten durchaus vorhanden. Die neuen Arbeitszeitmodelle würden bei 70 Prozent der Dienststellen als Entlastung empfunden.

Diese optimistische Sicht relativierte **Harald Bernt** von der Polizeiinspektion Ismaning. Viele Schichtmodelle sähen nur auf dem Papier gut aus. Seine Polizeiinspektion habe das Projekt deshalb abgebrochen und sei zum Doppelschlag zurückgekehrt. Ganz andere Erfahrungen hatte **Elisabeth Lindner** von der Münchner Flughafenpolizei gemacht. Sie berichtete von einem Modell, das vier Tage Freizeit am Stück ermögliche. Dabei müssten die Kollegen zwar zwei Sonderdienste im Monat leisten, doch wollten die meisten dennoch nicht mehr zum Doppelschlag zurückkehren.

„Polizeibeamtinnen und -beamte setzen sich täglich für unsere Sicherheit ein und werden dabei selbst immer häufiger zu Opfern gewalttätiger Übergriffe. Sie erwarten dafür zu Recht ein funktionierendes Arbeitszeitmodell sowie eine angemessene personelle und materielle Ausstattung."

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion werden wir uns auch in Zukunft entschieden dafür einsetzen, dass Respekt und Achtung vor der Arbeit der Polizei nicht verloren gehen. ■

Eva Gottstein, MdL
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Verbraucherschutz

Kein tierisches Fett an Wiederkäuer!

Im Jahr 2000 wurde in Deutschland der erste deutsche BSE-Fall bekannt. Diese Rinderkrankheit führte in den Folgejahren zu einem der größten Lebensmittelskandale Deutschlands. Bis Februar 2005 wurden in Deutschland über 360 Fälle offiziell nachgewiesen. Besonders dramatisch an dieser Tierseuche ist, dass sie als Creutzfeldt-Jakob-Erkrankung (CJD) auch den Menschen befallen kann. Diese Erkrankung endet immer tödlich.

Als der wichtigste Übertragungsweg des Erregers für BSE gilt Futter aus kontaminiertem tierischem Eiweiß. Daher wurde als Konsequenz aus der BSE-Krise damals jegliche Verwendung als Futtermittel verboten. Nun soll dieses Fütterungsverbot allerdings aufgehoben werden. Wir halten diese Vorgehensweise für skandalös. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir eindringlich vor den möglichen Konsequenzen gewarnt und die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Wiedereinführung des Verfütterungsverbotsgesetzes vom 01.12.2000 einzusetzen.

„Es darf nicht zu einer erneuten Gefahr der Ausbreitung kommen. Das hohe Schutzniveau muss erhalten bleiben."

Dr. Leopold Herz, MdL

Wir wollen, dass Futtermittel, die diese Fette beinhalten, klar und deutlich gekennzeichnet werden. Das ist derzeit nicht der Fall, da es laut Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) „unwahrscheinlich" ist, dass Futtermittel mit tierischen Fetten für die Krankheit BSE verantwortlich sind. Dieser Argumentation schließen wir uns nicht an. Solange der Verbreitungsweg dieser gefährlichen Krankheit nicht einwandfrei wissenschaftlich erwiesen ist, wollen wir jedes denkbar mögliche Risiko ausschließen.

„In Bezug auf die Wiederzulassung der Verfütterung von tierischen Fetten an Wiederkäuer sehen wir zu viele Fragen offen und wollen die Bevölkerung keinem unnötigen Risiko aussetzen. Die CSU-Mehrheit tritt bei diesem Thema den Verbraucherschutz mit Füßen."

Benno Zierer, MdL

Die CSU-Fraktion sieht das allerdings anders und hat unseren Antrag abgelehnt. So ist zu befürchten, dass es bald wieder möglich sein wird, Tiermehl an Pflanzenfresser wie Rinder zu verfüttern. Die Folgen sind nicht absehbar. Als FREIE WÄHLER werden wir uns aber weiterhin dafür einsetzen, diesen Wahnsinn zu stoppen. ■

Dr. Leopold Herz, MdL
Agrarpolitischer Sprecher

Benno Zierer, MdL
Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz

Interview mit Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

„Pflege braucht eine starke Stimme!“

Herr Professor Bauer, Sie machen sich seit langem für Verbesserungen im Bereich der Pflege stark. Wo sehen Sie einen Verbesserungsbedarf und wie lauten Ihre grundsätzlichen Forderungen?
Als pflegepolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setze ich mich vor allem für die pflegenden Angehörigen, für den zügigen Ausbau alternativer Wohnformen und die Unterstützung ambulanter Pflegedienste ein. Es ist seit Jahren bekannt, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen und damit der Bedarf an Pflegeleistungen zunehmen. Um mehr Menschen für einen Beruf in der Pflege zu begeistern, müssen zuerst die Rahmenbedingungen attraktiver gestaltet werden. Der zunehmenden Arbeitsverdichtung ist mit einer verbindlichen Personalmessung entgegenzuwirken. Dokumentationen müssen rechtssicher auf ein unbedingt erforderliches Mindestmaß reduziert werden, damit mehr Zeit für die zu pflegenden Menschen bleibt. Schließlich ist die Bezahlung in einem angemessenen Verhältnis zur gesellschaftlichen Bedeutung des Berufs dringend anzupassen. Selbstverständlich sind gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für motivierte Pflegekräfte anzubieten.

„Um mehr Menschen für einen Beruf in der Pflege zu begeistern, müssen zuerst die Rahmenbedingungen attraktiver gestaltet werden.“

Welche Vorteile sehen Sie in einer Pflegekammer?
Meine Fraktion und ich bedauern sehr, dass sich Ministerin Huml und die Mehrheitsfraktion gegen die Einführung einer Pflegekammer entschieden haben – und das, obwohl sich bei einer repräsentativen Umfrage des zuständigen Ministeriums 50 Prozent der Pflegekräfte für eine Pflegekammer ausgesprochen hatten. Ich bin überzeugt, dass eine Pflegekammer die Interessen der Pflegekräfte sowie der zu Pflegenden angemessen berücksichtigt und künftig besser vertreten kann. Pflege braucht eine starke Stimme! Nur die bewährte Struktur einer Kammer gewährleistet dies. Das völlig unbekannte, unerprobte und deutschlandweit einmalige Konstrukt „Pflegering“ kann die Probleme der Pflege nicht ansatzweise angehen.

Nun fordern Sie aktuell Ombudsstellen für die Pflege. Welche Verbesserungen versprechen Sie sich davon?
Die jetzigen Kontrollsysteme funktionieren offensichtlich nicht richtig. Meldungen über Missstände nehmen zu. Im Bereich der Kontrollen kommt aufmerksamen Pflegekräften und Angehörigen eine wichtige Funktion zu. Sie merken neben den Betroffenen am schnellsten, wenn es in einem Pflegeheim zu Missständen kommt. Für sie muss es deshalb eine Stelle geben, an die sie sich unbürokratisch und niederschwellig wenden können, ohne Repressalien befürchten zu müssen. Ich fordere deshalb regionale Ombudsstellen für die Pflege. ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Pflegepolitischer Sprecher

Wohnungssituation

Wir setzen uns für günstigeren Wohnraum für Studierende ein

Die Studentenwerke schlagen Alarm: Für die Studierenden in Bayern wird bezahlbarer Wohnraum in vielen Hochschulstädten immer knapper. Besonders angespannt ist die Lage in München, das zudem auch die teuerste Studentenstadt überhaupt ist. Hier kostet ein WG-Zimmer derzeit durchschnittlich 570 Euro monatlich. Aber auch in Regensburg oder Erlangen sieht es auf dem Wohnungsmarkt für Studenten nicht viel besser aus.

Derzeit leben deutschlandweit von den etwa 2,8 Millionen Studierenden nur ungefähr 190.000 in Studentenwohnheimen. Das ist ein sehr geringer Anteil. Grund dafür sind die wenigen Wohnheime. In München gibt es beispielsweise 23 Studentenwohnheime, in Garching drei, in Rosenheim nur zwei. Die Plätze sind überaus begehrt und oft müssen die Studenten lange Wartezeiten in Kauf nehmen.

„Die Schere zwischen Bedarf und Angebot bei Wohnheimplätzen darf nicht noch weiter auseinanderklaffen."

Es ist also nicht verwunderlich, dass die Studentenwerke schon seit längerem einen gemeinsamen Bund-Länder-Hochschulsozialpakt für Neubau und Sanierung von Wohnheimen fordern. Die Länder hätten durchaus das Geld dazu. Denn seit 2015 trägt der Bund die Kosten für das BAföG allein. Die Länder sparen sich so insgesamt 1,2 Milliarden Euro jährlich. Diese Summe könnte man also in bezahlbaren Wohnraum investieren.

Während die Zahl der staatlich geförderten Studienplätze seit dem Jahr 2008 um 42 Prozent gestiegen ist, wurden bei den Studentenwerken seitdem gerade einmal fünf Prozent mehr Wohnheimplätze mit staatlicher Förderung geschaffen. Einen Lösungsansatz sehen wir in einer Task-Force „Günstiger wohnen für Studierende", an der Studentenwerke, Studierendenvertreter, Hochschulpräsidenten, Hochschulpolitiker und betroffene Kommunen teilnehmen sollen. Sie soll u. a. untersuchen, inwieweit zweckentfremdeter bzw. bald einer anderen Nutzung zugeführter Wohnraum Studierenden zur Verfügung gestellt werden kann.

Mehr Wohnraum allein wird aber sicher nicht ausreichen. Wir brauchen darüber hinaus auch eine Anpassung des BAföG an die Lebensrealität des 21. Jahrhunderts. Konkret heißt das für uns: eine Erhöhung der Freibetragsgrenze beim Einkommen, eine zusätzliche Anhebung der Wohnungspauschale auf eine regional gestaffelte Durchschnittshöhe und eine Anhebung des Kinderzuschlages. Hier wurde auf Bundesebene der richtige Zeitpunkt für eine entsprechende Anpassung leider verschlafen. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Steuerpolitik

Der Erwerb von Wohneigentum muss bezahlbar bleiben

Der Bau oder der Kauf eines Eigenheims ist für breite Bevölkerungsschichten heute nicht mehr erschwinglich, und das trotz historisch niedriger Zinsen. Eine verfehlte Regionalpolitik der Staatsregierung in den letzten Jahrzehnten und zu wenig Wohnungsbau haben die Immobilienpreise insbesondere in Metropolregionen explodieren lassen. Auch die Erhöhung von Standards bei Bau und Modernisierung trägt maßgebliche Verantwortung für diese Preisentwicklung. Dieser Entwicklung entgegenzuwirken ist eine der größten sozialpolitischen Herausforderungen der Gegenwart.

„Wer Wohneigentum erwirbt, um es selbst zu nutzen, soll von der Zahlung der Grunderwerbssteuer künftig befreit werden."

Auch die Steuer- und Abgabenpolitik des Staates hat die Lage auf dem Immobilienmarkt weiter verschärft. So haben fünf Bundesländer seit 1983 die Grunderwerbssteuer auf das Dreifache und darüber hinaus erhöht, in Bayern wurde sie fast verdoppelt. Begründbar ist dies allenfalls mit dem Streben nach immer höheren Steuereinnahmen zum Haushaltsausgleich.

Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir nun die Staatsregierung aufgefordert, im Bundesrat den Weg zur Einführung eines Freibetrags im Grunderwerbssteuerrecht zu ebnen. Wer Wohneigentum erwirbt, um es selbst zu nutzen, soll von der Zahlung der Grunderwerbssteuer künftig befreit werden. Dieser Antrag fand im Haushaltsausschuss und im Plenum eine Mehrheit.

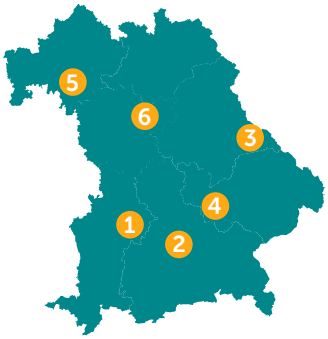
Wir freuen uns natürlich über diesen Erfolg. Wenn unser Vorstoß umgesetzt wird, könnten wir in Deutschland die Eigenheimquote von lediglich 45 Prozent steigern und im OECD-Ranking den vorletzten Platz verlassen. Das ist ein Schritt, um auch den Beziehern kleinerer oder mittlerer Einkommen zu ihren eigenen vier Wänden zu verhelfen und einen Beitrag zu ihrer Alterssicherung zu leisten. ■

Bernhard Pohl, MdL
Finanzpolitischer Sprecher

Jahresrückblick

FREIE WÄHLER – im Dialog mit Ihnen

Für uns FREIE WÄHLER stehen die Belange der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit. Es ist uns sehr wichtig, regelmäßig mit den Menschen in ganz Bayern ins Gespräch zu kommen. Wir wollen wissen, was sie bewegt. Auch auf Messen in allen Regionen des Freistaats suchen wir den unmittelbaren Kontakt mit der Bevölkerung. Einige Impressionen dieser Begegnungen sehen Sie hier. ■



1. afa – Augsburg (01.04.–09.04.2017)
2. Die 66 – München (19.05.–21.05.2017)
3. ChamlandSchau – Cham (15.09.–18.09.2017)
4. Niederbayernschau – Landshut (29.09.–03.10.2017)
5. Mainfrankenschau – Würzburg (30.09.–08.10.2017)
6. Consumenta – Nürnberg (28.10.–05.11.2017)

FREIE WÄHLER
FREIE WÄHLER

2

1

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION
Bayerische Honigprinzessin
2017 - 2019

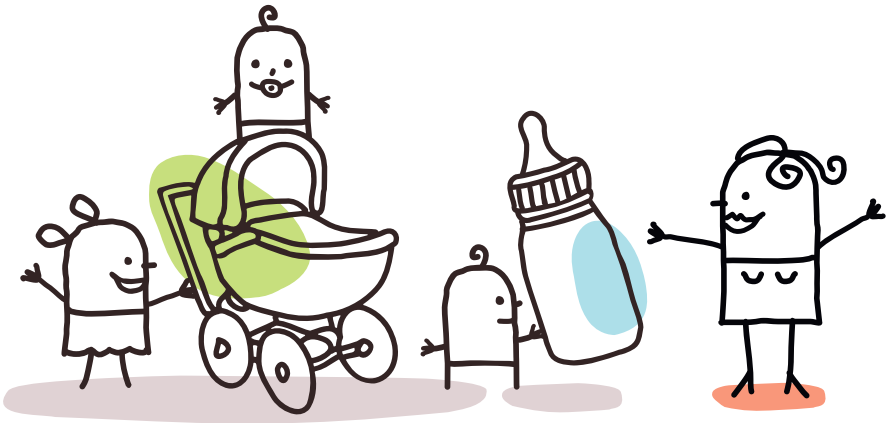
in Würzburg!
5

FREIE WÄHLER

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION
fw@fw-landtag.de
2

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir brauchen eine kostenfreie Kinderbetreuung!



Die gute Nachricht zuerst: Es gibt wieder mehr Geburten in Deutschland. Der Trend zur Kinderlosigkeit scheint gestoppt. Nach Ansicht von Experten trägt vor allem der Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagsschulen zu dieser Entwicklung bei. Neben dem Ausbau von Kindertageseinrichtungen und einer besseren Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher muss daher ein nächster wichtiger Schritt erfolgen:

„Es ist an der Zeit, die Kindertagesbetreuung in Bayern kostenfrei anzubieten – im Nachbarland Hessen ist dies bereits der Fall."

Gabi Schmidt, MdL

Immer noch stecken Eltern, insbesondere Mütter, oft notgedrungen beruflich zurück. Das muss sich ändern. Bayern ist ein wohlhabendes Land. Gerade deshalb kann und darf der Ausbau der Betreuung im frühkindlichen Bereich nicht an der Frage der Finanzierbarkeit scheitern. Wenn Bayern für Familien attraktiv bleiben soll, dürfen wir uns bei der wichtigen Frage der Kinderbetreuung nicht von anderen Bundesländern überholen lassen.

Wir haben die Staatsregierung deshalb aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie die Kinderbetreuung von der Krippe bis zum Kindergarten in Bayern stufenweise für die Eltern kostenfrei gestaltet werden kann, ohne die Kommunen stärker als bisher zu belasten.

Als FREIE WÄHLER fordern wir außerdem eine Kontinuität bei der Betreuung und wollen deshalb auch einen Rechtsanspruch auf flexible und bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter einführen. Auch dazu haben wir bereits einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingebracht. Einen derartigen Rechtsanspruch hat die Staatsregierung übrigens bereits im „Bayernplan 2013–2018" zugesichert. Eingeführt ist er allerdings immer noch nicht.

„Gerade junge Eltern setzen häufig nicht einseitig auf Familie oder Beruf, sondern wünschen sich die Vereinbarkeit beider Lebensbereiche."

Eva Gottstein, MdL

Bei der Umsetzung muss insbesondere darauf geachtet werden, dass die Vielfalt der bestehenden Betreuungsmöglichkeiten erhalten bleibt, um die notwendige Flexibilität sowie eine bedarfsgerechte Gestaltung der Angebote zu gewährleisten und damit Bedürfnisse von Eltern, Schülerinnen und Schülern, aber auch regionalspezifische Gegebenheiten, beispielsweise unterschiedliche Bedarfe in urban und ländlich geprägten Kommunen, berücksichtigen zu können. ■

Eva Gottstein, MdL
Frauenpolitische Sprecherin

Gabi Schmidt, MdL
Familienpolitische Sprecherin

Die Lehrbeauftragten sind von den bayerischen Hochschulen nicht mehr wegzudenken: Sie veranstalten Seminare, halten Sprechstunden ab und korrigieren Klausuren.

Hochschule

Lehrbeauftragte – Mitarbeiter zweiter Klasse?

Die Zahl der Lehrbeauftragten an bayerischen Hochschulen ist im Verlauf der vergangenen Jahre kontinuierlich gestiegen. Allein in Bayern unterrichten derzeit über 12.000 von ihnen. Sie halten Vorlesungen und veranstalten Seminare, sie korrigieren Klausuren, benoten Hausarbeiten und halten Sprechstunden ab. Auch ihre Bedeutung für die wissenschaftliche Arbeit hat zugenommen. Doch was ihre Repräsentation und die Mitbestimmung an den Hochschulen angeht, sind sie im Vergleich zu anderen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen deutlich benachteiligt. Dabei verdienen sich v. a. an den Kunst- und Musikhochschulen, in den Geisteswissenschaften und der Fremdsprachenlehre immer mehr Lehrbeauftragte ihren Lebensunterhalt allein durch diese Lehrtätigkeit.

„Lehrbeauftragte stellen mit ihrer Arbeitsleistung nicht, wie eigentlich vorgesehen, nur eine Ergänzung zum Lehrbetrieb dar, sondern tragen durch ihre Expertise und ihr Engagement wesentlich zur akademischen Lehre bei."

Die Lehrbeauftragten sind zwar nach dem Bayerischen Hochschulgesetz Mitglieder der Hochschule, haben aber keinerlei Möglichkeit der Mitgestaltung, da ihnen eine Vertretung in den zentralen Hochschulgremien fehlt. Auch eine Interessenvertretung durch den Personalrat ist nach der aktuellen Regelung nicht möglich. Lehrbeauftragte sind nämlich bislang für die Gremien der akademischen Selbstverwaltung vom aktiven wie passiven Wahlrecht explizit ausgenommen. Es ist ihnen weder möglich, Vertreter in die Hochschulgremien zu wählen, noch sich selbst zur Wahl zu stellen.

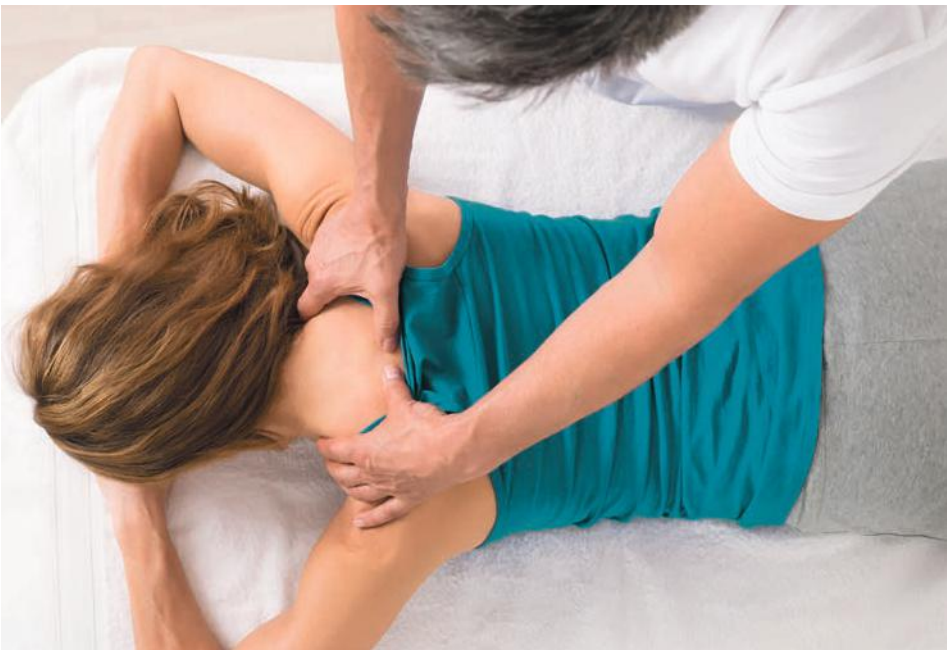
Wir wollen das ändern. Mit der Reformierung des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes wollen wir den Missständen entgegentreten und erreichen, dass die Interessen der Lehrbeauftragten künftig angemessen berücksichtigt werden. Lehrbeauftragte, die sich länger als zwei Jahre mit mindestens vier Lehrverpflichtungsstunden an der Lehre der Hochschule beteiligen und die nicht Mitglieder einer anderen Hochschule sind, sollen künftig auch durch den Personalrat vertreten werden. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Gesundheit

Faire Chancen für Masseure und Krankenversicherte!

Für gesetzlich Krankenversicherte könnte sich das Angebot bei manueller Therapie künftig deutlich verschlechtern. Denn nach einem Urteil des Bundessozialgerichts vom März 2017 sind Masseure und medizinische Bademeister nicht berechtigt, Leistungen der manuellen Therapie mit den gesetzlichen Krankenkassen abzurechnen. Dies gilt selbst dann, wenn sie eine Weiterbildung für manuelle Therapie absolviert haben.



„Wir wollen eine faire Berufsausübung für Masseure und eine Auswahlmöglichkeit im Interesse der Patienten."

Mit Schreiben vom 06.09. 2017 hat die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen (AOK, BKK, Knappschaft und IKK) angekündigt, in Umsetzung dieses Urteils Leistungen der manuellen Therapie ab November 2017 nur noch mit Physiotherapeuten abzurechnen. Diese Regelung trifft Masseure und medizinische Bademeister unerwartet und unverhältnismäßig hart, blieben ihnen doch gerade einmal sechs Wochen, um sich auf die veränderten Rahmenbedingungen ihrer Berufsausübung einzustellen. Die erforderliche Fortbildung zum Physiotherapeuten aber würde allein eineinhalb Jahre dauern.

Dabei ist die manuelle Therapie für viele Praxen ein wichtiger Teil ihrer Leistungen, weil die Kassen die Kosten für Massagen nur noch sehr zurückhaltend übernehmen. Die Praxen können auch nicht statt Masseuren oder medizinischen Bademeistern einfach Physiotherapeuten einstellen – dies gibt der Markt nicht her. Als FREIE WÄHLER fordern wir daher aus Gründen des Vertrauensschutzes eine Übergangsfrist von mindestens zwei Jahren für diese Berufsgruppe.

Eine Übergangsfrist wäre auch im Sinne der Patienten. Bereits jetzt sind die Wartelisten für manuelle Therapie lang. Künftig werden sogar noch weniger Absolventen aus den Schulen für Physiotherapie ins Berufsleben einsteigen. Die Anzahl der Schüler dort sank von 25.799 im Schuljahrgang 2005/06 auf 21.516 im Schuljahrgang 2015/16. Die Situation wird also absehbar für die Patienten nicht besser.

Umso erfreulicher ist es, dass der Gesundheitsausschuss unserem Antrag zugestimmt hat. Auf diese Weise können sich die Betroffenen auf die veränderten Rahmenbedingungen ihrer Berufsausübung einstellen. Zugleich wird so im Interesse der Patienten sichergestellt, dass begonnene Behandlungen nicht abrupt abgebrochen werden müssen. ■

Dr. Karl Vetter, MdL
Gesundheitspolitischer Sprecher

FRAKTION VOR ORT ...

... in Markt Erlbach

Auch Demokratie will gelernt sein. Unsere familienpolitische Sprecherin Gabi Schmidt, MdL, (Mitte mit Plakat) diskutierte mit Experten, wie sich die Jugendbeteiligung in Bayern erhöhen lässt und was Jugendbeteiligung für unsere Kommunen, die Jugendlichen selbst und schließlich auch für unsere Demokratie bringt.

... in Bad Kissingen

„In Würde alt werden“ lautete das Thema einer Veranstaltung unseres generationenpolitischen Sprechers Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL, (links) in Bad Kissingen. Die Pflegeexperten Melanie Klimmer (2. v. r.) und Claus Fussek (2. v. l.) berichteten u. a., woran gute Pflegeheime zu erkennen sind und vor welchen Herausforderungen die Pflege aktuell steht.

ABGEORDNETE IM PORTRÄT

„Ich engagiere mich, ...

... weil wir alle als freie Bürger gerufen sind, das Schicksal unseres Landes selbst in die Hand zu nehmen, um die Gesellschaft und die Welt menschlich zu gestalten. Der Sinn der Politik ist die Freiheit. Die Freiheit des Menschen heißt immer neu anfangen zu können, um damit die Welt zum Besseren zu verändern. Wir haben es in der Hand, durch unsere Handlungen gute Prozesse in Gang zu setzen und so Neues zu erschaffen."

Florian Streibl

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Geboren am 10. April 1963 in München

Wohnort: Oberammergau

Verheiratet, zwei Kinder

Beruf: Rechtsanwalt

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...
... illegale Welpen- und Tiertransporte unter schärfere Strafen stellen.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...
... Parlamentarischer Geschäftsführer der FREIEN WÄHLER Landtagsfraktion sein.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...
... sagen, dass wir Politiker mit mehr Begeisterung und Leidenschaft von der Demokratie, der Freiheit, Europa und den Errungenschaften reden müssen, die wir der Geschichte abgetrotzt haben. Denn Geschichte ist nicht Schicksal, sondern die Frucht unserer Handlungen. Deshalb: „Handelt, sonst werdet Ihr von anderen bevormundet!"

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...
... mir „Sein oder Nichtsein" von Ernst Lubitsch aus dem Jahr 1942 ansehen, da er den Nationalsozialismus in seiner Lächerlichkeit und Banalität enttarnt; denn es ist wichtig, dass die Menschen auch heute sehen, rechtes Gedankengut ist grotesk und schadet sowohl der Gesellschaft als auch dem Einzelnen.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich ...
... Bayern im Herzen Europas empfehlen: Hier ist es überall faszinierend schön. Wer aber den Mythos Bayern erahnen möchte, der soll die drei bis vier Stunden im Wettersteingebirge hinaufsteigen zum Königshaus am Schachen.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich ...
... in den Ammergauer Alpen bergwandern.

Florian Streibl, hier im Plenarsaal des Bayerischen Landtages, mit Dackeldame Mira.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich ...
... dafür sorgen, dass es in Bayern nur glückliche Menschen gäbe.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...
... zum Pessach nach Jerusalem ins Jahr 33 reisen.

KURZ BERICHTET

Hier wird Nachhaltigkeit großgeschrieben

Gemeinsam mit unserer Europaabgeordneten Ulrike Müller besuchte Benno Zierer, MdL und Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, die Firma HiPP in Pfaffenhofen. Hauptgesprächspunkt war die neue EU-Ökoverordnung. Als führender Hersteller von Babynahrung setzt HiPP seit 60 Jahren auf Nachhaltigkeit: Der sorgsame Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen, ein respektvolles Miteinander und höchste Qualität stehen dabei im Mittelpunkt. ■

Besuch bei HiPP in Pfaffenhofen: Ulrike Müller, MdEP, (3. v. r.) und Benno Zierer, MdL, (2. v. r.) zusammen mit Markus Reichhart, MdL a. D., (links) und Hubertus Doms, Geschäftsleitung HiPP (3. v. l.).

Zahl des Quartals

13.663 Euro beträgt das jährliche Durchschnittsgehalt eines Lehrbeauftragten an bayerischen Hochschulen. Bei ca. 90 Prozent der Lehraufträge handelt es sich dabei nicht um Nebentätigkeit, sondern um eine Haupteinnahmequelle.

WAS SONST NOCH LOS WAR ...

Donnerstag, 7. September

Die FREIEN WÄHLER reichen einen Gesetzentwurf zur Änderung der bayerischen Verfassung ein. Sie wollen den **Klimaschutz in der Verfassung** verankern. Bayern soll damit bundesweit Vorreiter in Sachen Klimaschutz werden.

Donnerstag, 12. Oktober

In einem Dringlichkeitsantrag fordern die FREIEN WÄHLER, das Flächenpotenzial sogenannter **Eh-da-Flächen** in ausgewählten Kommunen Bayerns zu ermitteln. Beispiele für solche Flächen sind Wegränder, Straßenböschungen, Flächen zwischen Straßen und Radwegen oder gemeindeeigene Grünflächen. Kommunale Eh-da-Projekte können einen Beitrag zu mehr Artenvielfalt in der Agrarlandschaft und im Siedlungsbereich leisten. So werden Offenlandflächen, die weder landwirtschaftlich noch naturschutzfachlich genutzt werden, gezielt ökologisch optimiert.

Donnerstag, 12. Oktober

In einem weiteren Dringlichkeitsantrag fordern die FREIEN WÄHLER die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass **öffentlich-private Partnerschaften beim Autobahnaus- und -neubau** künftig ausgeschlossen werden. Wenn der Bund andere für sich bauen lässt, geht das zulasten des Steuerzahlers, wie die Ausbauprojekte entlang der Bundesautobahnen A 1, A 94 und A 8 zeigen.

Sie sind noch kein Abonnent der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion? Das können Sie hiermit ändern!

Senden Sie uns das ausgefüllte Formular an FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Max-Planck-Str. 1, 81675 München oder schicken Sie uns eine E-Mail an **info@fw-landtag.de** oder ein Fax an **089 4126-1643**.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname Name

Straße/Hausnummer PLZ/Ort

E-Mail

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zweck der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z.B. per E-Mail an **info@fw-landtag.de**, widerrufen.

Datum, Unterschrift